

NACHRICHTEN

LIBANON
Polit-Erbe gewinnt Wahl

Die erste Runde der libanesischen Parlamentswahl in Beirut hat die Liste von Saad Hariri, dem Sohn des ermordeten früheren Ministerpräsidenten Rafik Hariri, gewonnen. Innenminister Hassan Sabaa teilte mit, Hariris Wahlbündnis habe alle 19 Sitze für die Hauptstadt erobert. (dpa)

RUSSLAND
Abzug aus Georgien

Russland wird seine Truppen bis Ende 2008 endgültig aus dem Nachbarland Georgien abziehen. Nach jahrelangen Verhandlungen hätten die Außenminister beider Länder am Montag in Moskau einen Zeitplan festgelegt, meldete die Nachrichtenagentur Interfax. Bereits zum 1. September dieses Jahres sollen demnach die ersten 20 Panzer aus den Stützpunkten Batumi und Achalkalaki abgezogen werden. (dpa)

IRAK
Parteichef wieder frei

Nach heftiger Kritik hat die US-Armee den am Montag festgenommenen Chef der wichtigsten sunnitischen Partei im Irak nach mehreren Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt. Bei der Festnahme von Mohsen Abdel Hamid habe es sich um einen Irrtum gehandelt, erklärte die US-Armee in Bagdad und bedauerte die dadurch entstandenen „Unannehmlichkeiten“. (AFP)

IRAN
Dissident entlassen

Der gesundheitlich angeschlagene iranische Dissident Akbar Gandschi (48) ist zur Behandlung vorübergehend aus dem Gefängnis entlassen worden. Der Hafturlaub des seit mehr als fünf Jahren inhaftierten Journalisten sei auf eine Woche begrenzt, berichtete die amtliche iranische Nachrichtenagentur Irna. Sollte eine Operation nötig sein, könne der Hafturlaub verlängert werden. (dpa)

POLITIK IM TV

- 15.35 Uhr, n-tv, **Service: Wirtschaft & Politik**
Wahlkampfthema Arbeitsmarkt.
Gäste: Bert Rürup (Vorsitzender Sachverständigenrat) und Dirk Rossmann (Unternehmer).
- 17.10./22.10 Uhr, n-tv, **2 + 4**
Thema: Kanzlerkandidatin Merkel
Mit u. a. Renate Schmidt (SPD) und Dieter Althaus (CDU).
- 20.15 Uhr, Bayern 3, **Münchner Runde**
Thema: Wird Frau Merkel Kanzlerin?
- 21.00 Uhr, Phoenix, **Die Berliner Runde**
Thema: Was wird aus Europa?

Deutschland muss Krise um **EU-Verfassung** im Jahr 2007 lösen
Europa leckt seine Wunden

Nach dem Nein der Franzosen zum neuen Verfassungsvertrag leckt die EU ihre Wunden. Die Reaktionen in Brüssel waren von Durchhalteparolen geprägt: Europa respektiere die Entscheidung der Franzosen, sagte der Präsident des EU-Rates, Jean-Claude Juncker. Neuverhandlungen schloss er zugleich aber aus: Der Ratifizierungsprozess müsse weitergehen, sagte Juncker.

VON TOBIAS FREUDENBERG

Brüssel – Deutschland muss voraussichtlich im Jahr 2007 eine Lösung für die schwere Krise der Europäischen Union nach dem französischen Nein zur gemeinsamen Verfassung finden. Das machte die EU-Spitze in Brüssel unter Verweis auf den Vertragstext deutlich. Der darin vorgesehene Notfallplan zielt genau in die deutsche EU-Präsidenschaft im ersten Halbjahr 2007. Die Erklärung Nummer 30 in der Schlussakte der EU-Verfassung schreibt vor, dass der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs sich „nach Ablauf von zwei Jahren nach der Unterzeichnung des Vertrags“ am 29. Oktober 2004 mit den Ratifizierungsproblemen befasst. Im ersten Halbjahr 2007 übernimmt die Bundesregierung turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft.

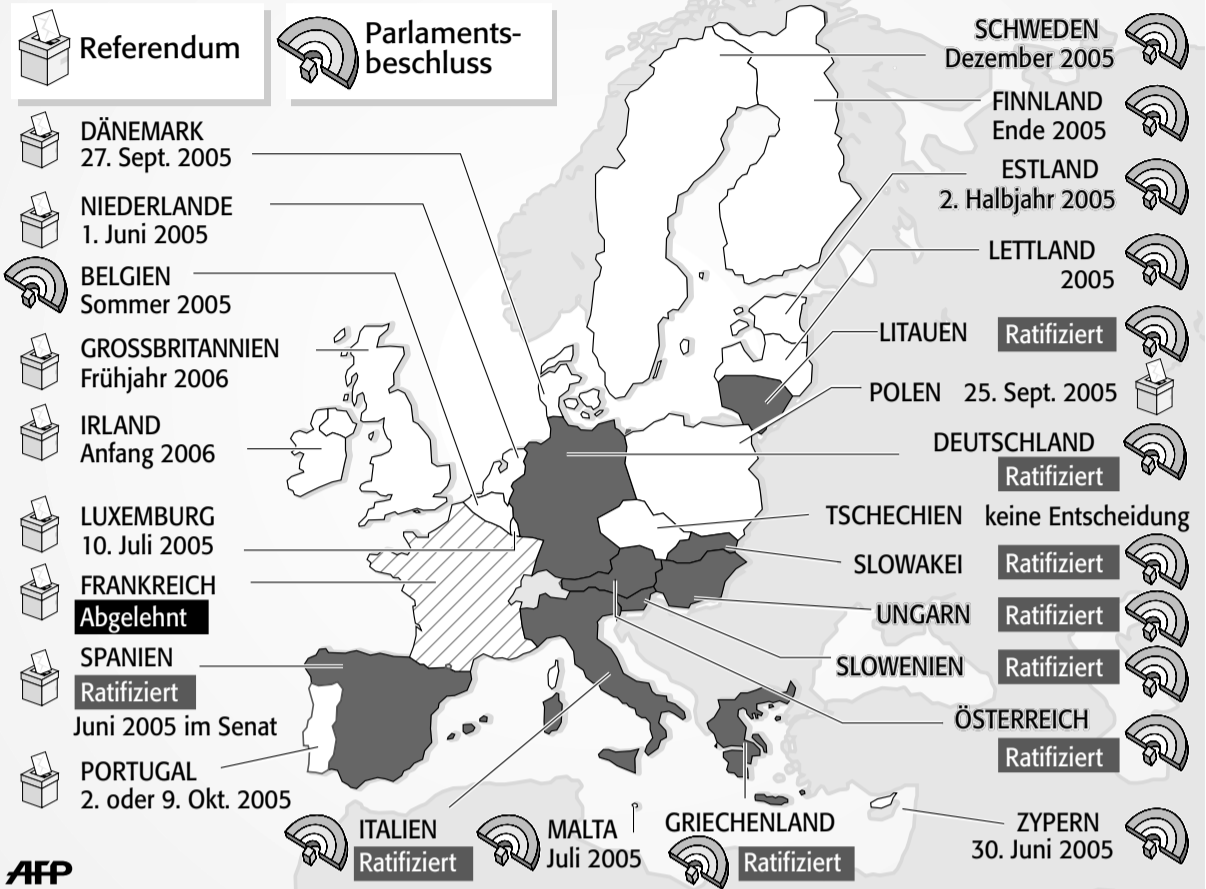
Bisher haben neun Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Spanien und Italien, den Vertrag abgelehnt. Am kommenden Mittwoch steht die Volksabstimmung in den Niederlanden an. In weiteren Ländern, vor allem Großbritannien, Dänemark, Polen und Tschechien, gilt eine Ablehnung als möglich oder wahrscheinlich.

In einer gemeinsamen Erklärung kündigten Juncker, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Parlamentspräsident Josep Borrell eine „tief greifende Analyse“ des Referendums an. Vor allem den Franzosen selbst müsse für diese Analyse Zeit gegeben werden. Eine eindeutige Botschaft gehe von dem Votum allerdings nicht aus, zog Juncker noch am Sonntagabend erste Schlüsse: Während ein Teil des französischen Nein-Lagers die EU insgesamt ablehne, verlange ein anderer Teil von der Verfassung gerade mehr Europa. „Wenn man das Nein-Lager auffordern würde, einen eigenen Text vorzulegen, dann wäre es dazu nicht in der Lage“, so Juncker.

In ihrer gemeinsamen Erklärung machen sich die drei Präsidenten zugleich selbst Mut: Die EU mache weiter und ihre Institutionen seien voll funktionsfähig, heißt es da. Europa habe auch in der Vergangenheit „schwierige Momente“ erlebt und sei daraus jeweils stärker und besser hervorgegangen. Zunächst könnten auf die Union allerdings neue Schwierigkeiten zukommen.

Europäische Verfassung

EU-Länder entscheiden über Ratifizierung per:



EU-Skepsis bestätigt

Tony Blair: Neu nachdenken

London (jow) „In ganz Europa“, freute sich das Massenblatt „Sun“, habe sich die Stimmung gedreht, gegen die Idee eines Superstaates. Auch die „Times“ feierte das Abstimmungsergebnis als „den letzten Nagel im Sarg dieses ungeliebten Vertrags“. Die Reaktion seitens der Politiker fielen gemäßiger aus, sieht man vom außenpolitischen Sprecher der Konservativen Liam Fox ab, der sagte, dass die Franzosen „dem Rest Europas einen Dienst erwiesen haben.“ Premier Tony Blair mahnte eine „Zeit des Nachdenkens“ an – jetzt müsse man die Abstimmung in den Niederlanden sowie den EU-Ministerrat abwarten, bevor man entscheiden könne, ob es im Land ein Referendum geben solle. Aber er streute Salz in die Wunden von Präsident Jacques Chirac, als er sagte: „Ich denke, dass dem Ganzen eine sehr tiefgreifende Frage zugrunde liegt: die Frage über die Zukunft von Europa und insbesondere über die Zukunft der europäischen Wirtschaft.“

„Jetzt erst recht: ein Ja“

Niederländer grenzen sich ab

Den Haag (heh) Der niederländische Regierungschef Jan Peter Balkenende ist sauer: „Ich bin vom Votum der Franzosen enttäuscht.“ Jetzt sei es noch wichtiger geworden, Ja zum Verfassungsvertrag zu sagen. Deutliche Worte, die so ähnlich auch von anderen Politikern zu hören waren. Etwa vom Chef der Sozialdemokraten Wouter Bos: „Die Franzosen schreiben uns nicht vor, wie wir abzustimmen haben.“ Dennoch grassiert bei vielen Politikern aus dem Pro-Lager die Angst, dass die Wähler am morgigen Mittwoch dem Vorbild der französischen Mehrheit folgen. Andererseits könnte das Gegenteil eintreten, nämlich das, was der christdemokratische Premier Balkenende und Oppositionsführer Wouter Bos in seltsamer Einigkeit beschwören: Jetzt erst recht mit Ja stimmen. Die Wirtschaftszeitung „Het Financieele Dagblad“ formulierte es klipp und klar und titelte: „Wir müssen den Franzosen jetzt eine Lektion erteilen und mit Ja stimmen.“

Befremden im Südosten

EU-Skepsis nur in Prag

Wien (hjd) Die neuen EU-Mitglieder in Mittel- und Südosteuropa verfolgen den Streit um die EU-Verfassung mit einiger Verwunderung. Slowenien, Slowakei und Ungarn haben Gefallen an der Mitwirkung im bisherigen Rahmen gefunden. Die parlamentarische Zustimmung zur EU-Verfassung ist längst über die Bühne. Die Segnungen der Agrarbeihilfen haben, vor allem in Ungarn und der Slowakei, die skeptischen Stimmen besänftigt. In Slowenien, wo schon traditionell eine prowestliche, von wirtschaftlichem Erfolg geprägte Haltung populär ist, hat eine Umfrage eine 60-prozentige Zustimmung zur EU ergeben. Außenminister Dimitrij Rupl, der durch das negative Ergebnis der französischen Volksabstimmung eine langsamere Gangart der EU-Politik befürchtet, stellt gleichwohl lapidar fest: „Das ist nicht das Ende der Welt“. Einzig Tschechien tut sich von Anfang an schwer mit seiner Einstellung zu Brüssel und der bürokratischen Wirklichkeit.

Schweiz auf EU-Kurs

Abstimmung am Sonntag

VON ANTJE KRAMER

Zürich – Nach dem Nein zur EU-Verfassung in Frankreich steht in der Schweiz eine europapolitische Volksabstimmung kurz bevor: Am Sonntag werden die Eidgenossen darüber entscheiden, ob das Land dem europäischen Sicherheitsabkommen Schengen-/Dublin beitreten wird. Auf den Urnengang in der Schweiz werde die Entscheidung in Frankreich keinen Einfluss haben, glauben Politiker und Behörden. Derweil hat der Schweizer Finanzminister Hans-Rudolf Merz (FDP) das Nein in Frankreich begrüßt. „Die europäische Integration, die über die Wirtschaft und Sicherheit hinausgeht, stößt an ihre Grenzen“, sagte Merz der Zeitung „Blick“. Mit dem Nein der Franzosen werde die Schweiz in ihrer Politik des bilateralen Weges bestätigt, erklärte eine Sprecherin der Behörde die Einschätzung des Finanzministers. Zurückhaltender äußerte sich Wirtschaftsminister Joseph Deiss (CVP), der glaubt, dass das Nein der Franzosen keinen Einfluss auf die Schweizer Abstimmung haben werde. Eine Einschätzung, die vom Außenministerium geteilt wird.

Eine Kurzumfrage in Zürich lässt darauf schließen, dass das Nein der Franzosen nur geringe Auswirkungen auf die Abstimmung haben wird: „Ich lasse mich davon nicht beeinflussen“, sagt Elisabeth Studer, sie werde trotzdem mit Ja stimmen. „Keine Beeinflussung“, meint auch ein junger Mann. Mit Ja will eine 22-Jährige votieren. Die Abstimmungen in Frankreich und der Schweiz hätten nichts miteinander zu tun. Ein älterer Mann sieht das anders: „Die EU hat keine Zukunft“, das habe die Abstimmung in Frankreich gezeigt. Er sei schon zuvor gegen den Schengen-Beitritt gewesen, nun fühle er sich bestärkt.

Eine Untersuchung der Europa-Themen sei leider üblich, bestätigt Jean-Pierre Cornu (56). Er glaubt aber, dass die meisten Schweizer sich ihre Meinung zu Schengen längst gebildet haben – unabhängig von der Entscheidung der Franzosen. Stärker am großen Nachbarn orientieren sich in der Schweiz traditionell die Westschweizer. Eine Frau aus Genf glaubt, dass sich der französischsprachige Teil der Schweiz von der Ablehnung beeinflussen lassen könnte. Sie selbst werde allerdings mit Ja stimmen.

Umfragen lassen auf eine knappe Entscheidung schließen: Nur 55 Prozent der Schweizer befürworten den Schengen-Beitritt. Anfang des Jahres waren es noch 65 Prozent.

NACHGEFRAGT

„Das wirft uns um Jahre zurück“

Der CDU-Europa-Abgeordnete **Andreas Schwab** zum Referendum in Frankreich



Andreas Schwab (CDU) ist seit 2004 Abgeordneter des Europa-Parlamentes. Der 32-Jährige ist geboren in Rottweil und vertritt die Region Südbaden in Straßburg. Der promovierte Jurist ist verheiratet und Vater eines Kindes.

Herr Schwab, wie haben Sie als Parlamentarier das Frankreich-Ergebnis aufgenommen?

Ich bin beunruhigt. Ich hatte immer noch gehofft, dass wie 1992 Elsass und Lothringen den Ausschlag für ein positives Ergebnis geben, aber das war leider nicht der Fall. Auch wenn Straßburg überdurchschnittlich zugunsten der Verfassung abgestimmt hat.

Welche Folgen hat das Votum?

Das wird die europäische Verfassungsgebung um Jahre zurückwerfen. Das ist aber nicht das Ende aller Tage der europäischen Einigung. Wenn wir die europäischen Werte in der globalisierten Welt erhalten wollen, dann geht es nur mit der Europäischen Uni-

on. Deswegen ist ja das Ergebnis des Referendums auch etwas widersprüchlich: Die Leute, die dagegen gestimmt haben, haben das ja getan, weil sie den Nationalstaat erhalten wollen. Dabei ist sicher, dass das so nicht gehen wird. Auf Frankreich allein – man hat es beim Irak-Krieg gesehen – wird niemand mehr hören.

Welche Konsequenz muss die Politik ziehen?

Wir müssen Europa noch transparenter gestalten und genau auf die Empfindungen der Menschen eingehen. Ein Argument der Referendums-Gegner war ja auch der mögliche Eintritt der Türkei. Da muss man festhalten, dass die Haltung, dass die Türkei nicht um jeden Preis in die EU kann, kein Tabu mehr ist. Deswegen müssen wir uns nicht als Ausländerfeinde beschimpfen lassen. Ich hoffe, bei den anderen setzt sich jetzt auch die Erkenntnis durch, dass die Menschen mitgenommen werden müssen auf diesem Weg.

Stellt Ihre Partei den EU-Erweiterungskurs generell in Frage?

Nein, Bulgarien und Rumänien sind ja

schon per Beschluss ab 2007 Vollmitglied. Das wäre nun des Guten zuviel, bereits beschlossene Positionen zu räumen. Wir müssen darauf achten, dass diese Länder alle noch offenen Punkte fristgerecht abarbeiten. Und bei der Türkei ist ja ohnehin noch keine Vollmitgliedschaft beschlossen. Wir von der CDU haben immer klar gemacht, dass dies für uns nur unterhalb der Ebene einer Vollmitgliedschaft denkbar ist.

Halten sie das Thema Türkei-Beitritt für wahlkampfgeeignet?

Ich denke, dass die Union auch die Europapolitik zum Thema macht. Ein Element ist die Frage der Erweiterung. Wir haben immer gesagt, dass nicht jeder auf der Welt, der die Demokratie einführt, dazu gehören können. Europa muss Grenzen haben, dass die Menschen sich damit identifizieren können. Dass ist keine Wahlkampfmaßnahme, mit der man am rechten Rand graben kann. Es geht darum, dass wir von der CDU auf die Fragen der Menschen eine Antwort geben.

Wie wäre wohl ein Referendum in Deutschland ausgefallen?

Eine schwierige Frage. Es wird keins geben. Wenn dieses Papier jetzt scheitert, wird ein neuer Verfassungsvertrag lanciert werden müssen. Denn wir brauchen ja eine Verfassung und damit auch mehr Klarheit für die Bürger. Wenn wir eines Tages – in zehn oder fünfzehn Jahren – eine wirkliche Verfassung für Europa geschaffen haben, sollten wir diese auch an einem Tag in allen Mitgliedstaaten allen Bürgern zur Abstimmung vorlegen. Sie muss dann allerdings deutlich knapper ausfallen als 400 Seiten.

Wie soll es jetzt weitergehen?

Ich glaube, wir sollten nach Interimslösungen suchen für bestimmte Themen. Zum Beispiel zur Zusammenarbeit von Kommission und Parlament. Dann können wir in zehn Jahren einen neuen Anlauf nehmen. Aber das ist natürlich reine Spekulation. Jetzt müssen wir erstmal abwarten, wie die weiteren Abstimmungen ausgehen.

Hat die europäische Idee Schaden genommen?

Das glaube ich überhaupt nicht. Ich denke, dass die Diskussion über den Referendums-Ausgang, die europäische Idee gestärkt hat, weil es eine intensive Diskussion darüber gegeben hat, was wir in Europa wollen.

FRAGEN VON KARINA CHRISTEN

Mit neuen Gesichtern

Wie **Frankreich** die Krise nach dem Referendum meistern will

VON JOACHIM ROGGE

Paris – „Eine Ohrfeige für alle, die dieses Land führen, egal, ob rechts oder links“ – Serge, ein junger Trotzki, feierte mit rund 2000 Gesinnungsgenossen den Sieg des Nein am Platz der Bastille bis in den frühen Morgen. Champagner und Dosenbier flossen reichlich. Bewegt stimmten alte Kommunisten die „Internationale“ an. Niemanden störte der Nieselregen. Das Hochgefühl, es Chirac, aber auch den pro-europäischen „Elefanten“ der Sozialisten um Parteichef Francois Hollande gezeigt zu haben, ließ alle auf dem Platz Wind und Kälte vergessen. Voller Überschwang wählte sich so mancher in dieser Mai-Nacht am Vorabend einer revolutionären Zeitenwende. „Hier hat 1789 alles angefangen“, schwärmte ein junger Mann mit Blick auf die Juli-Säule. Und: „Chiracs dummes Gesicht würde ich jetzt gern sehen.“



Bauernopfer: Jean-Pierre Raffarin. BILD: AFP

Sichtlich mitgenommen, mit verkrampft linkischem Grinsen und dicken Tränensäcken unter den Augen wandte sich der Präsident zur gleichen Zeit an die Franzosen. Zu sagen hatte er ihnen in seiner kurzen Ansprache

wenig. Ein neuer Premier soll es jetzt richten. Schon früh am Montag empfing Chirac seinen treuen Jean-Pierre Raffarin, den er nun, nach drei Jahren im Amt, in die Wüste schickte. Gegen Mittag begann der Eben-noch-Premier, in aller Stille sein Büro leer zu räumen. Im Elysée fanden sich derweil die Parteichefs des konservativen Lagers zum Krisengipfel ein. Mit einem neuen Gesicht an der Regierungsspitze, einer neuen Mannschaft, hofft Chirac offensichtlicher, sich selbst aus der Schusslinie zu nehmen. „Muss Chirac zurücktreten?“, fragten Montagsblätter bereits in großen Lettern, erinnerten an Chiracs Vorbild de Gaulle, der nach seinem verlorenen Referendum keine Stunde gezögert hatte, in Rente zu gehen. Doch Chirac ist, bei aller Verehrung für den französischen Übervater, von kleinerer Statur, will sich durchklatieren und die verbleibenden 22 Monate bis zum Ende seiner zweiten Amtszeit aussitzen. Das wird wenig erfreulich. Bereits Mitte Juni wartet ein Spießrutenlauf beim EU-Gipfel in Brüssel auf den französischen Präsidenten, der Europa mit dem verlorenen Referendum einen Bärendienst erwiesen hat. Auch im Inneren wird es für Chirac ungemütlich.